

Ursprungsantrag von Hartwig Berger/Levi Penell, erarbeitet von der AG Umwelt und Klimaschutz, in Abstimmung mit der BVV Fraktion

Antrag für die Bezirksgruppe Bündnis 90/Die Grünen in Charlottenburg-Wilmersdorf am 24.9.19

Klimanotstand – Hier und jetzt handeln!

Der Klimanotstand muss nicht erklärt werden, er ist Realität. Die Klimakrise entwickelt sich in einer sich selbst verstärkenden Aufwärtsspirale. Wir müssen nicht auf die Arktis mit ihren schwindenden Eisflächen schauen, an die monströsen Waldbrände am Amazonas und in Sibirien denken, die tropischen und subtropischen Stürme der letzten Monate und Jahre mit Verwüstungen in bisher ungekanntem Ausmaße; oder daran dass wir seit 2014 die heißesten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen erleben. Allein ein Blick in die austrocknenden Landschaften und sterbenden Wälder unserer Region macht deutlich, dass die Stunde geschlagen hat. Auch wenn die Möglichkeiten eines Bezirks sich zum Schutz des Weltklimas zu engagieren, begrenzt sind, sehen wir uns verpflichtet, auch sie voll und ganz zu nutzen. In diesem Sinn beschließen und fordern wir:

Wir setzen uns dafür ein, dass auch auf Landesebene in Berlin der Klimanotstand festgestellt wird.

Auf Landesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Zielsetzung, Berlin zu einer klimaneutralen Stadt zu entwickeln, vom bisherigen Datum 2050 deutlich nach vorne gezogen und das Energie- und Klimaschutz-Programm des Landes entsprechend verbessert wird. Das Ende der Kohleverstromung in Berlin, derzeit bis 2030 vorgesehen, muss Priorität haben. Auch ein Ausstieg vor 2030 sollte angestrebt werden.

1. Feststellung des Klimanotstandes

Der Kreisverband unterstützt die Feststellung des Klimanotstandes in der BVV. Daraus folgt: Alle Maßnahmen und Aktivitäten, über die das Bezirksamt entscheidet, werden unter einen „Klimavorbehalt“ gestellt. Dieser Vorbehalt verpflichtet dazu, sie daraufhin zu prüfen, ob und in welcher Weise sie die Klimakrise weiter befördern, klimaneutrale Wirkungen, oder sogar günstige Auswirkungen haben und bei Bedarf zu korrigieren

2. Stabsstellen

Zum Zweck des Klimaschutzes sollen weitere Stabsstellen mit Querschnittsfunktion im Bezirksamt geschaffen werden. Für eine dauerhafte Wirkmächtigkeit sind Erfahrungswerte aus dem Bezirk mit Interessierten (z.B. allg. Öffentlichkeitsarbeit), öffentlichen Trägern (z.B. Schulen) bis hin zu Expert*innen (Universitäten, GreenEconomy) zu vernetzen und zu bündeln.

3. Neubau

Ziel ist die Neubauvorhaben im Nullenergiestandard zu realisieren. Zugleich soll immer auf Dachbegrünung, Solarenergienutzung und Regenwasserbewirtschaftung hingewirkt werden. Beim Senat soll sich das Bezirksamt für eine Verschärfung der Bauordnung einsetzen.

4. Gebäudebestand

Um die Klimaschutzziele zu erreichen, ist die energetische Sanierung und Umgestaltung des ganz überwiegenden Altbaubestandes im Bezirk erheblich zu beschleunigen. Hier sind Maßnahmen bei landeseigenen Gebäuden, Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften, gewerblichen und privaten Hauseigentümer*innen gefragt. Wo immer möglich sollen sie durch grundstücksübergreifende Energie- und Klimaschutzkonzepte auf Quartiers- und Blockebene unterstützt (und koordiniert) werden

Die Wärmeversorgung muss systematisch von fossilen auf regenerative Energieträger umgestellt werden, z.B. durch thermosolare Wärmeversorgung mit Wärmespeicherung, oberflächennahe Erdwärme und Abwärmenutzung aus der Kanalisation. Energetische Modernisierungen sollen an tatsächlicher Klimaentlastung und relevanten Einspareffekten ausgerichtet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Mieter*innen hierfür höchstens bis zur Grenze der Warmmietenneutralität finanziell in Anspruch genommen werden. Das große Flächenpotenzial für Solarenergiegewinnung auf den bestehenden Dächern soll schnell und konsequent genutzt werden. Der öffentliche Gebäudebestand muss hierfür zum Vorbild ausgebaut werden.

Für die zunehmend erforderliche Gebäudekühlung wollen wir eine Abkehr von energieaufwendiger Klimatechnik und bevorzugen Low-Tech-Lösungen zur Entlüftung, Verdunstungskühlung, Verschattung und Gebäudebegrünung. Bei allen Baumaßnahmen sind negative Klimawirkungen zu vermeiden oder weitestmöglich zu reduzieren durch die Wahl klimaschonender Baustoffe, -arten und -verfahren. Wir setzen uns für eine dementsprechend konsequente Ausrichtung der Bauordnung und aller maßgeblichen Regelwerke ein.

5. Natur in der Stadt

Mit der Klimakrise leiden auch die Bewohner*innen unseres Bezirks zunehmend unter lang andauernder Sommerhitze, Starkregen, und umgekehrt Dürre und Wassermangel. Auch darum ist es notwendig, durch gezielte Maßnahmen im Bezirk das kleinräumige Klima zu verbessern. Notwendig sind hier unter anderem: Die konsequente Entsiegelung von Flächen im öffentlichen Raum; Baumpflanzaktionen und Aktivitäten zur insektenfreundlichen Renaturierung von Flächen; Begrünungen von Höfen, Brandwänden und Fassaden; Regenwasserbewirtschaftung.

6. Abfallvermeidung

Abfall soll zukünftig wo immer möglich vermieden und sonst hauptsächlich stofflich verwertet werden. In allen öffentlichen Einrichtungen des Bezirks ist die Abfalltrennung strikt umzusetzen und der Restmüll auf ein Minimum zu beschränken. Reinigungs- und Entsorgungsverträge sollen entsprechend angepasst werden. Umweltbildung mit dem Blick auf Müllvermeidung wird gefördert. Die Kreislaufwirtschaft und Wertschöpfungsketten sind zu fördern wollen wir im Dialog mit Akteur*innen der Zivilgesellschaft fördern.

7. Braunkohlestopp

Nicht nur Berlin, auch und gerade die ländlich geprägten Regionen in Brandenburg sind stark vom Klimawandel betroffen. Wir setzen uns für einen schnellstmöglichen Stopp der Braunkohleförderung in der Lausitz ein.

8. Brandenburger Ökologie

Wir unterstützen alle Bemühungen, die Brandenburger Landwirtschaft ökologisch und mit einer klimaverträglichen und der biologischen Vielfalt dienlichen Landschaftsgestaltung umzubauen. Im Bezirk unterstützen wir alle Aktivitäten, welche die entsprechenden Produkte fördern. Schließlich unterstützen wir den Schutz und die Wiedervernässung der Feuchtgebiete in der Region und den natur- und klimaverträglichen Umbau aller Wälder. Wir unterstützen darüber hinaus die Einrichtung von ökologischen Gemeinschaftsgärten im Bezirk.

9. Mobilität

Wir wollen den Umweltverbund aus zu Fuß Gehen, Radfahren, Bussen und Bahnen, stärker fördern. Unser Ziel ist die Verkehrswende: wie in Kopenhagen wollen wir jährlich 2% der vom Motorisierten Individualverkehr (MIV) (z.B. durch Parken) beanspruchten Flächen auf den Umweltverbund verlagern. Wir unterstützen die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung entsprechend des rot-rot-grünen Koalitionsvertrages.

Alltagswege wollen wir kurz, angenehm und sicher gestalten, damit sie klimaschonend zu Fuß zurückgelegt werden. Fußverkehrsfreundliche Ampelschaltungen, mehr Zebrastreifen und Vorgehen gegen blockierende Falschparker (Abschleppen) sollen dazu beitragen. In den Kiezen wünschen immer mehr Bürger*innen eine Reduzierung des Autoverkehrs und verkehrsberuhigte Bereiche. Diese Anliegen unterstützen wir.

Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass für immer mehr Fahrten das Fahrrad anstatt eines Autos benutzt wird. Dazu wollen wir die Radinfrastruktur rasch weiter ausbauen: mit attraktiven Radverkehrsanlagen, sicheren Kreuzungen und mehr Fahrradabstellanlagen anstelle von Autoparkplätzen.

Die öffentlichen Verkehrsmittel wollen wir schnell attraktiver und zuverlässiger machen, indem wir ihnen Vorrang im Straßenverkehr geben: durch raschen wie den Ausbau der Busspuren und konsequente Bevorrechtigung an Ampeln. Wir begrüßen die Investitionen des Senats in die Beschaffung von Bahnen und Bussen sowie Sanierung und Ausbau der Infrastruktur.

Bei dem weiterhin, doch in deutlich geringerem Umfang als heute notwendigen Autoverkehr setzen wir uns für konsequent klima- und ressourcenschonende Fahrzeug-, Antriebs- und Transportkonzepte ein. Bei Fahrzeugbeschaffung, Infrastrukturentwicklung und Verkehrsregelung ist dies zu berücksichtigen.

Um zu zeigen, wie attraktiv es sein kann, wenn der öffentliche Raum nicht von Autos dominiert wird, wollen wir die langjährige Grüne Forderung nach der Teilnahme an der Europäischen Mobilitätswoche mit einem autofreien Tag in der Stadt weitertragen. Wenn nicht die ganze Stadt sich daran beteiligt, wollen wir das zumindest in einem bestimmten Kiez oder größeren Straße umsetzen.

10. Strategie

Informationen über die erfolgten Maßnahmen werden durch geeignete Medien verbreitet. Die Bezirksgruppe wird aufgerufen, weitere Impulse, wie im Bezirk auf den bestehenden Klimanotstand reagiert werden kann, zu transportieren.

In allen den Klimanotstand und Klimaschutz betreffenden Fragen suchen wir die Zusammenarbeit mit den anderen Berliner Bezirken, mit den Senatsverwaltungen und Berliner Landesunternehmen, mit Brandenburg und mit seinen Kommunen, mit Wissenschaft und Forschungseinrichtungen, mit Wirtschaft, Organisationen und Verbänden der Zivilgesellschaft.

Um dem Fachkräftemangel für die vielen drängenden Aufgaben des Klimaschutzes zu begegnen, fordern wir das Land Berlin und die Bezirke auf, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, um gute Fachkräfte auf allen Ebenen zu gewinnen und vorausschauend für die notwendigen Aus- und Fortbildungskapazitäten zu sorgen.

Nachtrag: Der Antrag wird bald fortgesetzt und erweitert.